

Breiter: Kulturförderung ist Tourismusförderung

Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion Manfred Breiter blickt auf 2009 zurück

OSTHOLSTEIN (do) ■ „Der Konjunkturaufschwung der letzten zwei, drei Jahre hat die Steuerquellen erfreulich sprudeln lassen“, so Manfred Breiter, der Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion, in seinem Jahresrückblick. „Davon haben auch die kommunalen Haushalte reichlich profitiert“, sagte Breiter. Jedoch sei diese Phase schneller zu Ende gegangen als die freien Demokraten sich dies gewünscht hatten. Ursache dafür sei die Finanzmarktkrise, die sich zu einer Wirtschaftskrise ausweitete. Dies habe spürbare Auswirkungen auf die Auftragslage der Unternehmen und die Arbeitsplätze, so Breiter. In deren Folge sei es bereits im Jahr 2009 zu drastischen Einbrüchen bei den Steuereinnahmen gekommen, die sich 2010 verstärkt fortsetzen werden.

Wie bei den Haushaltsberatungen des Kreistages am 8. Dezember deutlich geworden sei, bleibe das auch für den Kreis Ostholstein nicht ohne Folgen, sagte der Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion. Bereits 2010 werde der Haushaltsfehlbetrag wieder mehr als sieben Millionen Euro betragen und bis 2013 auf rund 17 Millionen Euro steigen.

Bei dieser Ausgangslage verbiete es sich für alle politisch Verantwortlichen, großzügig weitere freiwillige Ausgaben zu beschließen, sagte



Manfred Breiter.

Breiter. Dies gelte offensichtlich nicht für die SPD-Kreistagsfraktion, die zu den Haushaltsberatungen des Kreises Ostholstein für den Haushalt 2010 zusätzliche Ausgaben in Höhe von zirka einer halben Million Euro beantragte.

Mit solchen Aktionen versuche die SPD, ihre vermeintliche soziale Kompetenz hervorzuheben. Da sie aber bereits im Voraus wisse, dass CDU und FDP aus finanzpolitischer Verantwortung weiteren freiwilligen Leistungen nicht zustimmen würden, seien ihre Motive leicht durchschaubar, so Breiter.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende weist auch den in diesem Zusammenhang gemachten Vorwurf des man-

gelnden Gestaltungswillens zurück. Natürlich sei es leichter, bei vollen Kassen politisch etwas zu gestalten. Es sei aber phantasielos, wenn gestalten immer nur Geld ausgeben bedeute. Die Mehrheit im Kreistag habe in den letzten Jahren zum Beispiel mit der Privatisierung der Kreiskrankenhäuser durchaus Gestaltungswillen und Gestaltungsfähigkeit bewiesen.

Breiter machte noch einmal deutlich, dass alle zusätzlichen Ausgaben durch Kredite finanziert werden müssen. Für die FDP-Fraktion sei es aber ein Unterschied ob Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen kreditfinanziert werden müssten oder Ausgaben für den Konsum. Daher habe sich seine Fraktion auch für eine zusätzliche Unterstützung der Eutiner Festspiele ausgesprochen. Kulturförderung sei Tourismusförderung und in einem der tourismusintensivsten Kreise Deutschlands sei dies auch gleichzeitig Wirtschaftsförderung, betont Breiter.

Den Hinweis auf das Konjunkturpaket II nahm Breiter aber auch gleichzeitig zum Anlass, die Bundesregierung zu kritisieren. Bei diesem Gesetz wurde wieder einmal deutlich, dass in Berlin Gesetze beschlossen werden, deren finanzielle Auswirkungen die Kommunen dann teilweise mit zu tragen ha-

ben. Dies gelte auch für das nun verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Es sei nur zu hoffen, dass die in Berlin ausgehandelte Kompensation auch bei den Kommunen ankommen, um ihre finanziellen Mindereinnahmen auszugleichen, sagte Breiter. Und weiter: „Wenn der Bund Förderprogramme auflegt, dann soll er sie auch bezahlen.“

Breiter machte auch keinen Hehl daraus, dass es ihm lieber wäre, man würde in Berlin weniger über Steuerentlastungen reden, sondern mehr an der Schaffung eines einfachen und transparenten Steuersystems arbeiten.

Für das kommende Jahr erwarte der Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion mit der Neuregelung der Betreuung von Hartz-IV-Bezieher ab 2011 eine große Herausforderung für Verwaltung und Selbstverwaltung des Kreises. Die vom Verfassungsgericht beanstandete Rechtsform der Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) führe voraussichtlich künftig wieder zu getrennter Aufgabenwahrnehmung von Agentur für Arbeit und Kommunen. Und dies alles, weil der Bundesgesetzgeber in den vergangenen Jahren nicht in der Lage war, eine verfassungskonforme Regelung zu schaffen. Darüber könne man nur den Kopf schütteln, sagte Breiter abschließend.